

Bürokratiebelastung hat unzumutbares Ausmaß erreicht

© Ulia Koltyrina – stock.adobe.com

Verband Freier Berufe zu Gast in der Bayerischen Staatskanzlei

Die Belastung der Freien Berufe durch gesetzliche Vorgaben hat ein Maß erreicht, das nicht mehr zumutbar ist. Das war die zentrale Botschaft des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V. (VFB) bei einem Gespräch in der Bayerischen Staatskanzlei.

Eingeladen dazu hatte Dr. Florian Herrmann, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Er wollte wissen, worunter die Freien Berufe am meisten leiden. Die Zahnärzteschaft wurde durch VFB-Vizepräsidentin Dr. Andrea Albert vertreten. Sie nutzte die Gelegenheit, um auf ein drohendes Praxissterben hinzuweisen. Die Bürokratiebelastung sei dafür mitverantwortlich. Erschwerend kämen die Wiedereinführung der Budgetierung, ein Punktwert aus dem Jahr 1988 und der Fachkräftemangel hinzu. „Der demografische

Wandel macht vor dem zahnärztlichen Berufsstand nicht Halt. Gleichzeitig sinkt die Niederlassungsbereitschaft. Von den Kollegen unter 40 sind fast zwei Drittel als Angestellte tätig. Vor allem im ländlichen Raum dünnt sich die Versorgungslandschaft immer weiter aus“, so Albert.

Bei dem Gespräch in der Staatskanzlei wurde deutlich: Auch andere Bereiche des Gesundheitswesens leiden unter der Bürokratiebelastung und der Gesundheitspolitik der Ampelkoalition. So nimmt die Zahl der Apotheken kontinuierlich ab, die

Wartezeiten für Facharzttermine werden immer länger. Für den VFB ist deshalb klar: Alle Gebühren- und Vergütungsordnungen müssen an die aktuellen Kostensteigerungen angepasst werden. Handlungsbedarf sieht der VFB auch beim Medizinstudium, bei der flächendeckenden, wohnortnahen Arzneimittelversorgung durch Vor-Ort-Apotheken und bei Lieferengpässen bei Arzneimitteln.

Leo Hofmeier

Bei einem Gespräch zwischen Vertretern des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V. und Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, in der Bayerischen Staatskanzlei ging es vor allem um die Zukunft der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung. Herrmann (Mitte) sicherte Dr. Markus Beck, Eva Maria Reichart, Franziska Scharpf, Dr. Thomas Kuhn, Dr. Andrea Albert und Karlheinz Beer (v.l.) die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Berufsausübung zu.

